

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Besondere: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Ubersage. Alle Verordnungen, Beschlüsse und amtliche Bekanntmachungen werden zu jeder Zeit kostenlos abgegeben. — Abrechnung über den Bezugspreis. — Abrechnung über den Bezugspreis. — Abrechnung über den Bezugspreis.

Wichtigpreis: Die 5-spaltige Stammzelle 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. Die 3-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 30 Rpf. Die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Rpf. Die 1-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Abrechnung über den Bezugspreis. — Abrechnung über den Bezugspreis. — Abrechnung über den Bezugspreis.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 243 — 90. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postkod.: Dresden 2640      Sonnabend, den 17. Oktober 1931

## 25 Stimmen Mehrheit für Brüning

Der Reichstag lehnte die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning mit einer Mehrheit von 25 Stimmen ab. 568 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. 295 Abgeordnete stimmten gegen, 270 für die Misstrauensanträge. 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

### Reichstagsmehrheit für den Kanzler.

Der Tag der Entscheidung.

12 Uhr.

Kaum ein paar Menschen mehr rings am Reichstag. Kaum einige Schupo mehr als sonst. Der Ausländer, der hier ahnungslos vorbeigeht, dürfte kaum auf die Vermutung kommen, daß dort im riesigen Stuppelbau des Reichstages Entscheidendes vor sich geht. Wie ein Signal lärmten die schrillen Klingeln durch alle Säle, Räume und Gänge dieses Labyrinth. „Alle Mann an Deck! Klar zum Manöver!“ Zum Manöver, das entscheiden wird, ob das Staatsschiff unter Brünings Führung den von ihm angelegten Kurs weiter fahren wird, oder ob ein neuer Steuermann ans Ruder tritt und es herumlegt nach rechts hinüber. Der Sitzungsaal füllt sich mehr und mehr — „alle Mann an Deck!“ Auch der Kanzler ist da, sitzt am historischen Eckplatz.

2 Uhr.

Reden, Gespräche, Vermutungen, Gerüchte. Schärfste Wendung der Christlich-Sozialen gegen rechts, weit schärfer noch als am Tag zuvor. Die heranrückende Stunde der Entscheidung „heißt“ den Saal und die Menschen. Schneller folgen die Jurufe aufeinander, nach dem Redner hin, zwischen den Fraktionen hinüber und herüber. Der Präsident läßt die Regel vorläufig lodern. Er hat noch Zeit, sie anzuziehen. Auf der Tafel, die die Namen der angeforderten Redner zeigt, taucht jetzt auch der Wirtschaftsparteiler auf. Man handelt seit gestern. Trotzdem: „die Sache ist ganz offen“, hört man in den Wandelgängen. Und die Spürstange am Gekitz ist plötzlich verschwunden, als ein Roman in einem Rednerpult aufsteht und der Saal sich rasch fast leert. — Ganz kurze Odds für Brüning: 18 bis 15 Stimmen Mehrheit. Man rechnet mit einem letzten Appell des Kanzlers an den Reichstag.

4 Uhr.

Plötzlich scheinen die Chancen für Brüning nicht unerheblich zu steigen: Nach vielem Wonn und Aber — im Laufe und im Sitzungsaal wissen nur wenige, wie sich die Wirtschaftspartei entschieden hat —, nach einem bewußt langen, die Zuhörer in immer größerer Spannung verwehenden Hinauszögern des entscheidenden Wortes fällt dieses endlich: die Wirtschaftspartei „toleriert“ das neue Kabinett. Die Opposition von rechts und links her quittiert mit fürmischen Jurufen. Fast unbemerkt in diesem Lärm hat sich die Ministerbank gefüllt, und als sich nun der Kanzler erhebt, sitzen neben ihm alle Mitglieder seines Kabinetts! Er spricht von seinem Gekitz aus. Er durchläuft schnell, was die bisherige Debatte erbracht oder nicht erbracht. Er polemisiert nicht mehr. Zweck hätte das ja auch kaum. Er spricht zu den Leeren, verlassenen Bänken der Rechten herüber. Als letztes Argument gegen einen Regierungswechsel führt er ins Feld, daß es dieser zu einer scharfen Frontbildung: Die Arbeitgeber — die Arbeitnehmer kommen lassen müsse. Der sonst so ruhig-gemessene Dr. Brüning steigert sich in Stimme und Gesten. Er scheidet für seine Überzeugung, ohne daß er den anderen die Ehrlichkeit ihrer Überzeugung abspricht. Und endete mit einem starken Appell, einmal die Parteiführer zu vergeßen. Der Redner der jetzt wieder hereinströmenden Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der Deutschnationale Schmidt (Hannover), betont ein letztes Mal ihren Standpunkt. Die Rechte geht einen anderen Weg in die deutsche Zukunft hinein.

5 Uhr.

Alles drängt nach endlicher Entscheidung. Was die Redner jetzt noch sagen, ist überflüssig. Die Spannung im Saal, auf den überfüllten Tribünen ist über groß geworden. Schneller aber als man glaubte, schlägt Präsident Lohde die Ansprache, die vielleicht die erregteste, sicher aber die folgenschwerste Ansprache war, die das Kabinett Brüning im Reichstag gehabt hat. Nun heulen die Sirenen durch das Haus, heulen den letzten Abgeordneten zur Abstimmung heran. Nur zehn von ihnen fehlten unten im Saal. Der Kanzler steigt hernieder von seinem Gekitz und gibt, um diesen Sitz zu verteidigen, die Reinfahrt gegen die Misstrauensanträge der in der Abstimmung vereinten Rechts- und Linksopposition ab. Dann verläßt er den Saal und immer lauter, mahrender rufen die Sirenen, bis endlich der Präsident die Abstimmung für geschlossen erklärt. Nach wenigen Minuten öffnet sich die Tür hinter der Regierungstribüne, und der Reichstagskanzler erscheint wieder —, um in der schier atemlosen Stille des Hauses das Ergebnis zu vernehmen, das ihn und sein Kabinett zum Sieger machte.

### Sitzungsbericht.

(56. Sitzung.) CB. Berlin, 16. Oktober.

Das Haus nimmt zunächst eine Entschließung des Ausschusses für Kriegsschadigte an, die die Regierung ersucht, die Härten in der Reichsversicherungs-Gesetzgebung allmählich wieder zu beseitigen.

In der weiteren Aussprache über die Regierungserklärung und die Misstrauensanträge erklärt Abg. Rippel (Christlich-Soz.), die grenzenlose Not sei der beste Schrittmacher der radikalen Flügelparteien. Der Reichskanzler hat in seiner Rede bestätigt, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung dazu dienen, die Selbstkosten der Wirtschaft zu verringern und die Aufgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen. Wir machen eine Politik, die

die Schwachen heranzieht und die Starken laufen läßt, nicht mit. Wir lehnen es ab, in ein Reparationsjoch ohne Boden zu eipern und die Steuern des Volkes durch Verwaltungskosten verschlingen zu lassen. Wir brauchen eine soziale Arbeitsgemeinschaft,

in der auch die Gewerkschaften aller Richtungen vertreten sind. Abg. Dr. Reubner (Komm.) erklärt, das Kabinett Brüning habe innen- und außenpolitisch völlig basisset gemacht.

Abg. Molath (Wirtschaftspartei) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es zunächst heißt, die verhängnisvollen Folgen einer zehnjährigen verulandenden Finanz- und Wirtschaftspolitik haben in Verbindung mit außenpolitischen Halbheiten und schweren Fehlern dazu geführt, daß sich heute nicht nur die gesamte deutsche Jugend, sondern auch große Teile der besonnenen Kreise des Bürgertums gegen diese Politik und dieses System wenden. Wir haben nicht die Überzeugung gewonnen können, daß heute die

Chancen für eine Mehrheitbildung der Rechten andere geworden sind als vor einem Jahr. Das Zentrum hat wissen lassen, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt eine nationale Regierung unter gar keinen Umständen tolerieren wird. Es besteht also eine arbeitsfähige Minderheit. Der Reichspräsident kennt wohl diese grundsätzlichen Schwierigkeiten und Bedenken und wird wohl im gegebenen Zeitpunkt eine Änderung des Systems erzwingen,

wenn die Zusagen einer grundsätzlichen Systemänderung nicht innegehalten werden. Wir werden das Kabinett trotz aller Bedenken tolerieren.

(Lebhafte „Aha“-Rufe rechts und bei den Kommunisten.) Wir tun diesen schwerwiegenden Schritt nur, nachdem der Kanzler uns zugesichert hat, eine grundsätzliche Wandlung in der Politik einzuleiten.

### Die zweite Kanzlerrede.

Darauf griff Reichskanzler Dr. Brüning in die Aussprache ein und führte, während die Abgeordneten der Rechten den Saal verlassen, folgendes aus: Die Regierung widerlegt sich keineswegs einem Antrage, eine Reihe von formulierten Vorwürfen auf Abänderungen der Notverordnung einem Ausschuss zu überweisen. Wir halten nicht in dem Sinne an einer Linie fest, daß wir glauben, nun in jedem einzelnen Punkt einer Notverordnung recht zu haben. Wir sind nur der Überzeugung, daß an den wesentlichen Dingen, die für das Wirtschafts- und das Finanzsystem die festen Klammern liefern, nicht gerüttelt werden darf. Ich habe in der Aussprache

keine andere Gesamtsituation vernommen als die von der Regierung vorgeschickte. Ich danke allen Ausspracheteilnehmern und insbesondere auch den Führern der Nationalsozialistischen Partei für die Bornehmlichkeit, mit der sie sich meiner Person gegenüber bei aller Kritik eingestellt haben. Das ist zweifellos auch eine Verbesserung gegen früher. Hoffentlich wird sie bis in die kleinsten Versammlungen ausgedehnt (Weißl in der Mitte), so daß wir nicht Maßnahmen nötig haben, die wir bestimmt nicht aus Genuss in die Notverordnung hineinnehmen. Es ist auch keine Freude,

der Presse Zwangsaufgaben zu machen, und ich möchte den Tag heran, an dem es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein wird, auf solche Dinge zu verzichten. (Weißl in der Mitte.) Die scharf abweichende Kritik des Deutschen Landvolks

hat mich von Standpunkt eines Freundes der Landwirtschaft aus gesehen enttäuscht. Es ist ein ganz historischer Fehler, einem Manne wie Minister Schiele Vorwürfe zu machen, der stets im Sinne der Landwirtschaft die Kaufkraft der Konsumenten zu heben suchte. Die Landwirtschaft leidet doch heute schon neben allen anderen Lasten in stärkstem Maße darunter, daß die Kaufkraft der Konsumenten gesunken ist. Es geht nicht so mit der radikalen Lösung der Produktionskostensteigerung auf einen Schlag, wie es vielleicht Herrn Dingeldey vorgeschwebt hat. Wenn ich in den Tagen, wo

die Banken und die Sparkassen geschlossen wurden, Maßnahmen getroffen hätte, die das ganze Volk erregten, dann wäre es nicht möglich gewesen, die deutsche Kreditwirtschaft und den Deutschen Staat überhaupt zu retten. Ruhe mußte ich schaffen in diesem Augenblick. Es sind nicht die Maßnahmen des Staates gewesen, die unser Kredit-System gerettet haben, sondern der Glaube der Bevölkerung an diese Maßnahmen (Weißl im Zentrum).

Eine praktische Arbeitsgemeinschaft habe ich im stillen soweit durchgeführt, daß ich stets wieder mit Wirtschaftsführern verschiedenster Verufe und mit Vertretern der Arbeitnehmer gesprochen und versucht habe, eine Linie zu finden. Ich bin überzeugt, daß es möglich ist, eine solche Linie zu finden (kommunistischer Juruf: Hungerlinie!). Keineswegs eine Hungerlinie! Ihre Politik zu den Kommunisten gewandt) führt letzten Endes zum Hunger.

Es ist meine Aufgabe zu verhindern, daß das deutsche Volk in diesem schweren aller Winter auseinandergerissen wird. Das Ziel eines verantwortlichen Politikers in diesen Tagen muß sein, zu verhindern, daß über der Not dieser Wochen und Monate, über diesen internationalen Spannungen aller äußersten Grade, nicht wie es immer in der Geschichte des deutschen Volkes war, das deutsche Volk

in zwei feindliche Lager auseinandergerissen wird. Man mag mich ruhig angehen, daß ich mich nicht fürchten. Ich habe mit Bewußtsein in den letzten Wochen nicht mehr in der Öffentlichkeit gesprochen, weil ich sonst in so scharfer Form gegen die Intriguen und Gebäuigkeiten hätte Stellung nehmen müssen, daß ich vielleicht vieles für die Zukunft verschlagen hätte. Ich habe Wichtigeres zu tun und ich habe

einen zu tiefen Glauben an das deutsche Volk, als daß ich es für nötig halte, auf jeden Angriff in samer Skribenten zu antworten. Bei dem Kampf der einen Seite dieses Hauses gegen die andere ist es leider nicht möglich, die Volksgemeinschaft in ihrem politischen Ausdruck herbeizuführen, die wir in dieser historischen Stunde des deutschen Volkes haben müssen. Ich halte es für unmöglich, einen Weg zu begeben, der uns über diesen schweren Winter hinwegführt soll, der von vornherein

eine geschlossene Front gegen die Arbeiterschaft bedeutet. Wer das glaubt, wird in kurzer Zeit versagen. Aber hinter dem Versagen steht diesmal etwas anderes. (Hört! hört! in der Mitte — „Sehr wahr“ bei den Kommunisten.) Da es auf diesem Wege nicht möglich ist, so bin ich zu der Überlegung gekommen, ein Kabinett zu bilden, das an sich von jedermann in seinen Maßnahmen und in seinem Programm akzeptiert werden könnte; denn die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterwerfung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich mußte daher die parlamentarische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen,

einen Wirtschaftsbeirat zu bilden. Wenn man glaubt, in diesen schwierigsten außenpolitischen Zeiten einen Wechsel in der Regierung vornehmen zu können, dann muß ich etwas sagen, was ich aus eigener bitterer Erfahrung kennengelernt habe: Jedes neue Kabinett mit einem anderen Ersten hat zunächst für einige Zeit mit stärkstem Mißtrauen im Ausland zu kämpfen. Wir können keine Zeit verlieren.

Ich habe nicht mit einer Revision des Young-Planes angefangen, sondern es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Opfern des deutschen Volkes ein absolutes finanzielles wandendes Gebände zunächst einmal zu bauen, um überhaupt darin leben zu können. Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat (Unruhe bei d. Kommunisten). Es zeigte sich dabei,

daß es so mit den Reparationen nicht geht. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen. Ich glaube, daß diese Methode, die gewählt wurde, um

eine Aufklärung der Welt über die wirkliche Lage Deutschlands zu schaffen, wirksam war. Wenn Hitler mutig genug ist, mir die nationale Bestimmung nicht abzuspreden, so frage ich, was hindert dann vier Fünftel dieses Hauses sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseitezulassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen. (Anf. Weis. u. Gänbelstischen bei den Regierungsparteien.)

Abg. Schmidt-Hannover (Dtn.) verliest in Anwesenheit der Rechten eine Erklärung, in der u. a. betont wird: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausrichtung des Reichstages würde eine außen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß ein

Abgleiten Deutschlands in äoastische Zustände unvermeidlich wäre. Der Mißerfolg der mit nie dagesessenen Vollmachten ausgestatteten Regierung des Kanzlers Brüning liegt klar vor Augen. Er schloßerte, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte. Das Vertrauen des In- und Auslandes zu einer klaren Reichsregierung wird größer sein als das Vertrauen zu seiner eigenen, hundertfach widerlegten Regierung.

Der Vorkeroff der Außenpolitik ist in erschütternder Weise zutage getreten. Wir erklären erneut, daß wir neue internationale Lasten und Bindungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz. Arbeiterpartei) erklärt, es hätte vor wenigen Monaten nicht viel daran gelegen, daß die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei sich gegen Brüning entschied.

Abg. Dr. Straßmann (Christlich-Soz.) erklärt, nicht davon überzeugt zu sein, daß die Nationale Opposition eine richtige Politik vertritt. Abg. Kling-Schwaben (Christlich-Soz.) erklärt, daß seine Freunde die Misstrauensanträge ablehnen würden. — Abg. Weber-Hannover (Dn.-Bann.) erklärt für seine Freunde die Stimmenthaltung.

Nachdem einige Abgeordnete noch weitere Anträge zur Tagesordnung eingebracht haben, schließt die Aussprache.

Es geht zur Abstimmung. Zunächst erfolgt die Abstimmung über die drei Misstrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten gegen die Reichsregierung. Der Reichstag lehnte die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning mit einer Mehrheit von 24 Stimmen ab.

567 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. 294 Abgeordnete stimmten gegen, 270 Abgeordnete für die Misstrauensanträge. 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.